



Impuls-Referat

Berthold Huber

„Werte als Basis gewerkschaftlichen Handelns“

im Rahmen der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung

Freiheit – Demokratie – Mitbestimmung

in Berlin am 18. November 2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Werte als Basis gewerkschaftlichen Handels. So lautet die Überschrift meines heutigen Vortrages. Aber warum?

Weil für mich fest steht:

Ohne Orientierung an klaren Normen und Wertvorstellungen stochern wir bei der Aufarbeitung dieser Krise im sprichwörtlichen Nebel. In diesem Sinne sind Werte funktional, geben Richtung und Ziel einer Politik vor, die den Menschen dient.

Der Bezug auf Werte hilft aber auch, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Eine Brücke zu schlagen zwischen Wünschen und Hoffnungen und den alltäglichen Lebenserfahrungen.

Denn Werte appellieren gleichzeitig an Gefühl und Verstand.

Und verhelfen damit unseren Forderungen zu einer größeren Legitimation. Machen deutlich, dass es bei der Frage flexibler Übergänge in die Rente nicht um die Privilegierung bestimmter Gruppen geht. Sondern um Respekt und Anerkennung gegenüber einer erbrachten Lebensleistung. Um ein konkretes Beispiel zu nennen.

Gerade in Zeiten der Krise mit realen Folgen für Millionen von Menschen ist es also keinesfalls Luxus, weltfremd oder gar abgehoben über Werte zu reden.

Es ist vielmehr eine der dringlichsten Aufgaben, vor denen die Gewerkschaften als Teil der Zivilgesellschaft stehen. Dass eine solche Debatte keine Kleinigkeit ist, versteht sich von selbst.

Als Richard von Weizsäcker vor 30 Jahren den Vorsitz der CDU Grundsatzkommission übernahm, warnte er davor der Versuchung zu unterliegen, dort wo man sich ohnehin einig sei, unverbindliche Formeln zu produzieren, die schwierigen Kapitel aber auszuklammern.

Diese Warnung sollten wir beherzigen. Widersprüche zu homogenisieren, vermeintliche Gewissheiten auszutauschen, bringt uns nicht weiter. Ich versuche mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn ich selber keine befriedigenden Antworten finde, werde ich den Ball zurück ins Feld spielen.

Verbunden mit dem Wunsch, dass möglichst viele dies als Aufforderung begreifen, sich aktiv in das „Spiel“ einzumischen.

Vier einfache Fragen werden mich bei meinen Ausführungen leiten:

Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Wie kommen wir dort an? Und was hat das alles mit Werten zu tun?

Anrede,

heute ist klarer denn je: Der Marktradikalismus ist keine „politische Supernova“, die in der Krise noch einmal hell erstrahlt, um dann in der Tiefe des Alls zu implodieren.

Vielmehr gewinnt die Sachzwangrhetorik an Kraft, wenn öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen Rekorddefizite drohen, wenn hunderttausende Arbeitsplätze und Existenzen akut gefährdet sind.

Die Gewerkschaften kämpfen entschlossen und - dies darf man sagen - mit Erfolg gegen die akuten Krisensymptome an.

Die alte These „schlimmer ist besser“, weil erst durch die Zuspitzung der Situation, durch die Verschärfung der Widersprüche sich die kritische Masse an Widerstand formiert, unsere Themen quasi zum Selbstläufer werden, ist mehr als fragwürdig.

Fest steht zumindest, dass sich eine Gegenbewegung (noch) nicht in Form von steigenden Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften niederschlägt. Ohne starke Gewerkschaften wiederum sehe ich wenig Chancen, notwendige Grundsanierungen des Systems nicht nur einzufordern, sondern diese auch tatsächlich durchzusetzen.

Oder, um es mit den Worten des US Ökonomen und Nobelpreisträgers Paul Krugman zu sagen: Ohne starke Gewerkschaften sieht eine Gesellschaft eben anders aus.

Die Mitgliederentwicklung, aus der wir unsere Stärke ableiten, ist also hochpolitisch und der Handlungsdruck entsprechend hoch.

Anrede,

diese Erkenntnis ist natürlich nicht neu.

Die Gründe für den seit **drei Jahrzehnten** anhaltenden Mitgliederverlust sind vielfältig und oft beschrieben. Keiner davon - und dies ist die gute Nachricht - gleicht aber einem Naturgesetz. In dem Sinne, dass man ihnen ausgeliefert ist.

Die für die Arbeiterbewegung prägenden sozialen Milieus und der damit verbundene stumme „Zwang“ zur Mitgliedschaft befinden sich angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandlungsprozesse in einem Auflösungsprozess.

Aber aus der Erfahrung, dass sich die Welt um einen herum ändert, erwächst nicht automatisch Orientierung, wie damit sinnvollerweise umzugehen ist.

Ich glaube - ausdrücklich ohne daraus einen Vorwurf zimmern zu wollen, wir haben es uns manchmal zu einfach gemacht. Haben diesen Wandel zu stark als Abweichung vom Sollzustand interpretiert.

Die durch gesteigerte Regeltreue, durch Festhalten am Bewährten, an dem, was die Gewerkschaft groß und mächtig gemacht hat, prinzipiell korrigierbar erschien. Dauerhafte Einheitslösungen für dauerhafte Einheitsprobleme.

Wir sind uns in gewisser Weise treu geblieben, auch im Bezug auf unsere Werte. Den „Nerv“ vieler Menschen haben wir damit aber augenscheinlich nicht immer getroffen.

Denn - ich erlaube mir eine Zuspitzung - bezogen auf unsere Mitgliedschaft repräsentieren wir heute die Industriegesellschaft der 60er und 70er Jahre. Bilden die gesellschaftliche Vielfalt nicht ausreichend ab.

Anrede,

ohne gleich wieder alles bisher Gesagte relativieren zu wollen:

- Den Anspruch, gesellschaftspolitische Kraft für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein, haben wir nie aufgegeben.
- Viele unserer Forderungen, wie z.B. der Erhalt solidarisch finanzierter Sicherungssysteme oder ein gerechtes Steuersystem, reichen weit über die Interessen unserer Mitgliedschaft hinaus. So wie wir in besseren Zeiten nie der Versuchung erlegen sind, Tarifabschlüsse a la Cockpit oder Marburger Bund durchzusetzen.
- Und gerade in den letzten Jahren haben wir eine Menge Projekte initiiert, um neue Mitgliedergruppen zu gewinnen. Haben neue Themen aufgegriffen. Und dabei in Zeiten knapper Ressourcen systematisch Vorleistungen erbracht, ohne die „Rendite“ zu kennen.

Die unbequeme Wahrheit aber lautet: eine echte Trendumkehr ist uns noch nicht gelungen.

Aus umfangreichen Studien wissen wir: Mitgliederbindung und -gewinnung erfolgt heute in erster Linie durch erfolgreiche tarif- und betriebpolitische Arbeit.

Dort, wo wir stark sind, wo Betriebsräte in Zusammenarbeit mit den IG Metall Strukturen vor Ort gute Arbeit leisten, wo sie mit den Beschäftigten die Arbeitswelt positiv gestalten und Zumutungen zurückweisen.

Dort überzeugen wir durch Leistung.

Diese Stärke gilt es auszubauen, sie für jeden - auch für Jüngere, Frauen, Angestellte, Höherqualifizierte, prekär Beschäftigte - tagtäglich erfahrbar zu machen. Durch Politik mit und nicht für die Beschäftigten.

Denn eines ist klar: Ohne starke betriebliche Verankerung können wir den Mund spitzen. Aber nicht mehr pfeifen.

Anrede,

wir erreichen, das lässt sich aus internen Untersuchungen gut belegen, den Verstand der Menschen. Nicht aber ihr Herz. Weil man sich, um es salopp zu formulieren, auch in eine noch so gute Betriebsvereinbarung, nicht verlieben kann.

Und wir erreichen die Menschen nur dort, wo wir bereits präsent sind. Und nicht immer gelingt es, unser Handeln in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Auch den nicht unmittelbar Beteiligten klar zu machen, warum wir uns für eine bestimmte Lösung stark machen und eine andere ablehnen. In schwierigen Situationen, in denen Kompromisse erforderlich sind, glaubwürdig zu bleiben. Glaubwürdig auch in dem Sinne, dass die Gewerkschaften nicht bloß ein Lobbyverband unter vielen sind.

Rüber zu bringen, warum wir nicht akzeptieren,

- dass Opel einfach abgewickelt wird, wo es doch unstreitig hohe globale Überkapazitäten gibt,
- dass private Vorsorge den einzig gangbaren Weg darstellen soll, soziale Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten,
- dass ein verengtes Konzept von Chancengerechtigkeit - die es auch beim Lotto gibt - Anfang und Ende aller Politik sein müsse.

Weil

- einfache und bewährte Lösungen nicht immer bereit stehen,
- eine ausdifferenzierte Lebenswelt und struktureller Wandel neue Anforderungen an unser Handeln stellen,
- wir mit unserem Einsatz unter hohem Rechtfertigungsdruck stehen und um Anerkennung kämpfen,

müssen wir vielleicht stärker als bisher die Trias von „Werten, Zielen und Instrumenten“ zur Grundlage unseres Handelns machen.

Unser Werteprofil schärfen. Damit für jeden klar erkennbar ist: Dafür stehen die Gewerkschaften. Unsere Ziele dann aus diesen Werten ableiten, wie z. B. gute Arbeit. Und Instrumente entwickeln, wie wir diese Ziele erreichen wollen, z. B. durch Mindestlöhne auf Basis von Tarifverträgen oder die Eindämmung von Leiharbeit.

Wenn sich Werte, Ziele und Instrumente im Einklang befinden, sich nicht widersprechen, das Eine nachvollziehbar aus dem Anderen folgt, dann sind wir auf einem guten Weg. Haben genau das Angebot, welches die Politik zur Zeit nicht bieten kann oder will.

Anrede,

um Missverständnisse zu vermeiden. Unsere bisherigen Werte - Freiheit, Gleichheit und Solidarität - stehen nicht zum Verkauf. Ich will auch kein Sozialmarketing a la „Du bist Deutschland“, um die Stimmung aufzuhellen. Oder eine klassische Werbekampagne, um „Kunden“ einzufangen.

Ich will eine breit angelegte, an den Hoffnungen und Wünschen, Sorgen und konkreten Problemen der Menschen ausgerichtete Debatte. In der wir zuhören, uns aber natürlich auch mit eigenen Vorstellungen einbringen.

Unsere Werte nicht länger hüten wie einen guten Schatz, sondern die Menschen einladen, genau hinzusehen, sie mit uns zusammen zu interpretieren.

Dabei dürfen wir selbstverständlich auch schwierige Fragen nicht ausklammern. Wie lässt sich verhindern, dass Freiheit und Gleichheit gegeneinander in Stellung gebracht werden? Wo beginnt und endet Eigenverantwortung? Fordert Solidarität nicht auch Opfer, und wenn ja, für wen? Und mit welcher Rechtfertigung? Um nur einige Beispiele zu nennen.

Vor allem aber sind diejenigen zu enttarnen, die ebenfalls eine „werthaltige“ Politik für sich reklamieren, dabei aber unter falscher Flagge segeln.

So wie der Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen (Julis), Johannes Vogel, der auf dem Bundeskongress vor über 200 Delegierten das Ergebnis der Bundestagswahl als "Ausdruck eines Wertewandels in der Gesellschaft" sieht. Der Wahlerfolg der FDP zeige, dass die Menschen eine "freiere und menschlichere Gesellschaft" wollten.

Anrede,

es ist nicht Aufgabe des 1. Vorsitzenden der IG Metall, jedes „Zwitschern“ zu kommentieren. Aber was uns hier als frei und menschlich verkauft wird, ist mehr als dreist.

Für wen soll das gelten, wenn - um eine aktuelle Debatte aufzugreifen - der Kollege jahrelang in die Solidargemeinschaft einzahlt, dann aber trotz akuter Beschwerden wochenlang auf einen Termin beim Facharzt warten muss.

Während der Privatpatient, der sich der Solidargemeinschaft entzieht, noch am gleichen Tag in ein gesondertes Wartezimmer geführt wird. Um ihm dort die kurze Verweildauer mit einem frisch gebrühten Cappuccino etwas angenehmer zu gestalten.

Wo ist denn die Freiheit,

wenn eine alleinerziehende Mutter nicht arbeiten kann, weil die Warteliste der städtischen Kita von A bis Z reicht. Bei den gewinnorientierten privaten Anbietern ein Vollzeitplatz für unter 3jährige nicht selten erst ab 1000 EUR im Monat zu haben ist.

Wo sind denn Gerechtigkeit, Anerkennung, Respekt und Würde,

wenn ein junger Mensch auf dem Arbeitsamt einen Zettel mit Telefonnummern der Leiharbeitsfirmen in die Hand gedrückt bekommt. Und dann die gleiche Arbeit wie der Kollege nebenan macht, nur für ein Drittel des Geldes und in ständiger Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Anrede,

auch diese Auflistung ist nur eine kleine Auswahl.

In einer bekannten Jugendzeitschrift (Neon) gibt es eine Rubrik mit der Überschrift: In welchem Land leben wir eigentlich?

Das frage ich mich inzwischen manchmal auch.

Ohne dabei verschweigen zu wollen, dass die Lösung vieler Probleme in der Tat komplex, nicht über Nacht zu erreichen ist, auch wir bisweilen besser wissen, welche Ziele und Instrumente wir für falsch halten.

Aber wenn Politik sich von dem Freiheits- und Menschlichkeitsbegriff der Jungliberalen leiten lässt, wenn angesichts tiefer sozialer Spaltungen professionelle Abgeklärtheit aus allen Poren trieft, dann wird sich an ihr auch nichts ändern.

Nun ließe sich einwenden, die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist in erster Linie eine Machtfrage, weniger ein Konflikt über die Deutungshoheit von Begriffen. Das ist meines Erachtens kurzfristig so richtig wie langfristig falsch.

Der Neoliberalismus, die Vorstellung, es gäbe keine Gesellschaft, es sei völlig hinreichend, wenn Individuen sich tolerieren, dass der Markt alles richten werde, hätte ohne ideologischen Unterbau seinen globalen Siegeszug nicht antreten können.

Schwerwiegender scheint mir die Frage, aus welcher Quelle sich eine Mehrheit für eine sozialintegrative Gesellschaftsordnung denn speisen soll. Zum Beispiel angesichts der Tatsache, dass die FDP bei jungen Männern von 25 bis 34 Jahren bei der letzten Bundestagswahl mit 20 Prozent der Stimmen deutlich zweitstärkste Partei geworden ist.

Aus Diskussion und Überzeugung? Kraft des guten Arguments? Einsicht in die Notwendigkeit?

Anrede,

ich habe noch keine befriedigende Antwort. Möchte aber zum Schluss meiner Ausführungen auf zwei Dinge hinweisen:

Erstens,

die Menschen sind nicht schlechter geworden. Damit meine ich, dass Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit nach wie vor eine sehr hohe, wenn nicht sogar steigende Akzeptanz genießen. Das belegen alle Umfragen.

Zum Beispiel eine Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Oktober 2009. 83 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Ausgleich zwischen arm und reich, 85 Prozent sehen die Notwendigkeit, die Solidarität zwischen jung und alt zu stärken. -

Diese Werte werden auch „gelebt“, aber vornehmlich im Privaten. In der Arbeitswelt steigt der Konkurrenzdruck, die Sozialsysteme verlangen zunehmend nach Eigenvorsorge, im Bildungssystem herrscht Auslese. Unter diesen Bedingungen werden die Solidaritätsräume sehr eng.

Treffender: Sie werden systematisch verengt. Ich will es offen lassen, ob dies die Intention war oder nicht. Aber eine Politik, deren erklärtes und oberstes Ziel ist, das Individuum an die Erfordernisse der Wettbewerbsgesellschaft anzupassen, erzeugt genau diesen Effekt.

Und lässt Skepsis gedeihen, ob ein Politikwechsel überhaupt möglich ist. In der bereits erwähnten Umfrage sehen zwei Drittel der Befragten diese Möglichkeit nicht oder kaum.

Deshalb ist es zweitens von größter Bedeutung, die Institutionen zu stärken und auszubauen, die Solidarität ermöglichen. Entwürfe vorzulegen, wie das im konkreten aussehen kann. Eckpunkte eines sozialen, ökologischen und demokratischen „New Deals“ zu entwickeln und diesem schrittweise Kontur zu verleihen.

Entlang der Trias: Werte, Ziele, Instrumente.

Denn der Fortschrittsglaube, der die Arbeiterbewegung über Jahrzehnte getragen hat, ist uns abhanden gekommen. Deshalb werden kleine Schritte in die richtige Richtung mit Zynismus bedacht, gering geschätzt, belächelt. Als Gewerkschaften haben wir damit so unsere Erfahrung.

Eine lebendige Debatte um unsere Werte, offen, demokratisch und unter Beteiligung möglichst Vieler wird uns helfen, aus der Defensive zu kommen. Ist dafür meines Erachtens sogar Voraussetzung.

Anstöße von außen schaden uns dabei nicht. Im Gegenteil.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.